

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

heute erhalten Sie meinen letzten Bericht aus Berlin in diesem Jahr. Dabei informiere ich Sie über das Gesetz zur Beschneidung, den Bundesbericht Forschung und Innovation 2012 sowie über eine Reihe von Auslandseinsätzen bewaffneter deutscher Streitkräfte. Ferner gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr 2013.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr

Egon Jüttner

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. [Gesetz zur Beschneidung](#)
2. [Bundesbericht Forschung und Innovation 2012](#)
3. [Mittelmeer-Einsatz \(Operation Active Endeavour\)](#)
4. [Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte in Afghanistan \(ISAF\)](#)
5. [Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verstärkung der integrierten Luftverteidigung der NATO \(NATINADS\) auf Ersuchen der Türkei](#)
6. [Relevantes aus Mannheim und der Region](#)





1. Gesetz zur Beschneidung

Am Mittwoch entschieden die Bundestagsabgeordneten in namentlicher Abstimmung über den Gesetzesentwurf der Bundesregierung über den "Umfang der Personensorge bei einer Beschneidung des männlichen Kindes" sowie über eine Gesetzesinitiative von 66 Oppositionsabgeordneten zum gleichen Thema. Der Abstimmung vorangegangen war eine kontroverse Debatte im Plenum des Deutschen Bundestages. Für den Entwurf stimmten 434 Abgeordnete, 100 stimmten gegen ihn und 46 Parlamentarier enthielten sich der Stimme. Ein zentraler Punkt des Regierungsentwurfs ist die Tatsache, dass die Beschneidung "nach den Regeln der ärztlichen Kunst" vorgenommen werden muss.

Während die Koalition in ihrem Entwurf keine Altersbegrenzung vorgesehen hat, wollte der Gruppenantrag eine Beschneidung erst ab dem vollendeten 14. Lebensjahr erlauben. Auch über diese Initiative wurde namentlich abgestimmt. Von 584 abgegebenen Stimmen entfielen nur 91 auf den Antrag der 66 oppositionellen Parlamentarier. 462 Abgeordnete stimmten gegen diesen, während sich 31 enthielten. Mit der Verabschiedung des Gesetzes herrscht für Juden und Muslime in Deutschland wieder Rechtssicherheit, ob und unter welchen Auflagen sie ihre Söhne beschneiden lassen dürfen. Die Beschneidung des männlichen Säuglings am achten Tag nach der Geburt ist ein wichtiger Bestandteil jüdischer Tradition.

Nach reiflicher Überlegung und sorgfältiger Abwägung aller Argumente für und gegen die o.a. gesetzliche Regelung der Beschneidung des männlichen Kindes habe ich mich entschieden, den Gesetzesentwurf abzulehnen. Ausschlaggebend für meine Entscheidung ist die Tatsache, dass das Recht auf körperliche Unversehrtheit eines Kindes höher zu werten ist als Religionsfreiheit oder Elternrecht. Der Gesetzesentwurf in seiner jetzigen Form ordnet jedoch das Kindesrecht sowohl dem Elternrecht als auch der Religionsfreiheit unter. Die Beschneidung von Jungen erfolgt meist ohne medizinische Indikation und ist deshalb als Körperverletzung zu werten. Durch die Schmerzforschung ist bewiesen, dass Kinder bereits ab der 24. Schwangerschaftswoche Schmerzen empfinden und dass diese umso nachhaltigere Auswirkungen haben, je jünger die Kinder sind. Von einer Allgemeinanästhesie bei Neugeborenen raten Experten aufgrund der physischen Unreife ab. Kinder unter drei Jahren sind besonders gefährdet, Anästhesiekomplikationen zu erleiden. Die im Begründungstext des Gesetzes aufgestellte Behauptung, mit der männlichen Beschneidung sei „nur eine geringfügige Beeinträchtigung der körperlichen Unversehrtheit verbunden“, entspricht nicht der Realität. Nach der aktuellen Forschungslage handelt es sich bei der männlichen Vorhaut nicht um ein unnützes Gewebe, sondern um ein Organ. Dieses besitzt eine den Lippen oder Fingerspitzen vergleichbare Empfindlichkeit. Das Recht des Kindes auf körperliche Unversehrtheit wiegt in meinen Augen mehr als Religionsfreiheit oder Elternrecht.

Dies habe ich bei der namentlichen Abstimmung im Deutschen Bundestag als persönliche Erklärung zu Protokoll gegeben.



2. Bundesbericht Forschung und Innovation

Der Bericht stellt der Bildungs- und Forschungspolitik der Regierungskoalition ein gutes Zeugnis aus. Der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt erreichte im Jahr 2010 in Deutschland 2,82 Prozent und hat damit das vom Europäischen Rat formulierte Drei-Prozent-Ziel knapp nicht erreicht. In dem 646-Seiten starken Bericht heißt es, nach wie vor sei „Made in Germany“ eine Marke, die die Welt begeistert, egal ob es um die Entwicklung von klimaschonender Energie oder Mobilität, künstliche Intelligenz oder virtuelle Realität ginge. Deutschland sei mit innovativen Technologien, Produkten und Dienstleistungen sehr erfolgreich und schaffe so Arbeitsplätze für die Zukunft.

Mit einem Welthandelsanteil von knapp zwölf Prozent für forschungsintensive Waren gehöre Deutschland zu den führenden Exporteuren von Technologiegütern. Auf dem globalen Markt für Umwelttechnik und Ressourceneffizienz erreiche das Land sogar einen Marktanteil von 15 Prozent. Viele Unternehmen, gerade auch kleine und mittlere Unternehmen, seien globale Technologie- und Systemführer in ihrer Branche, schreiben die Experten in ihrem Glossar mit vielen Tabellen und Infoboxen. Fast jedes zweite deutsche Unternehmen sei nach der Erhebung des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim im Jahr 2011 innovationsaktiv. Zudem unterhalten viele internationale Unternehmen große Forschungs- und Entwicklungszentren in Deutschland. Auch im Wissens- und Technologietransfer sei Deutschland im internationalen Vergleich gut aufgestellt. Unternehmen und Forschungseinrichtungen arbeiten eng vernetzt zusammen, heißt es im Bericht.

Ein großes Kapitel ist der Wissenschaft gewidmet. Mit ihren drei Pilotprojekten Exzellenzinitiative, Hochschulpakt und Pakt für Forschung und Innovation sei das Land auf dem richtigen Weg. Die Exzellenzinitiative fördert besondere Hochschulen und hilft so, ihr Profil zu schärfen. Mit dem Hochschulpakt wollen Bund und Länder ein bedarfsgerechtes Studienangebot schaffen. Mit dem Pakt für Forschung und Innovation wird die dynamische Entwicklung in der außeruniversitären Forschung verstärkt und beschleunigt.

Ferner ist ein großer Teil jeweils der Forschungs- und Innovationspolitik des Bundes sowie der einzelnen Länder gewidmet. Dabei gibt es genauso Kapitel zur wehrwissenschaftlichen Forschung, zur Nanotechnologie wie zu den Sozial- und Geisteswissenschaften und zur Nachwuchsförderung.

3. Deutscher Bundestag stimmt Mittelmeer-Einsatz zu (Operation Active Endeavour)

In namentlicher Abstimmung haben die Parlamentarier am Donnerstag zugestimmt, den Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte im Rahmen der Nato-Operation „Active Endeavour“ im Mittelmeerraum um ein Jahr bis zum 31. Dezember 2013 zu verlängern.



Gegen die Stimmen der Opposition haben die Abgeordneten der christlich-liberalen Koalition dem Antrag der Bundesregierung zur „Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA“ auf Empfehlung des Auswärtigen Ausschusses zugestimmt. 311 Abgeordnete stimmten für, 255 gegen den Antrag, der sich auf den Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen und den Artikel 5 des Nordatlantikvertrags sowie auf die Resolutionen 1368 und 1373 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen als Folge des Terrorangriffs auf die USA vom 11. September 2001 beruft.

Damit werden bis zu 700 Soldatinnen und Soldaten bis Ende 2013 an der Nato-Operation "Active Endeavour" beteiligt sein. Laut Regierung verhilft die deutsche Beteiligung dazu, das Lagebild zu verdichten und durch ihre abschreckende Funktion eine präventive Wirkung hervorzurufen. Durch den Einsatz von See- und Luftstreitkräften wird terroristischen Aktivitäten zur See begegnet und die Voraussetzung zu deren effizienter Bekämpfung geschaffen, heißt es in dem Antrag. Die Umbrüche in der arabischen Welt hätten „zu einer erhöhten Volatilität insbesondere unseres südlichen Sicherheitsumfelds“. In Nordafrika seien terroristische Gruppierungen wie die Al Qaida im Maghreb aktiv. Die Krise in Syrien habe zudem regionale Dimensionen angenommen, bei denen Terroranschläge inzwischen Bestandteil der bewaffneten Auseinandersetzung seien. Die umfassende Bekämpfung des internationalen Terrorismus sei weiterhin eine der zentralen Herausforderungen für die internationale Gemeinschaft, heißt es im Antrag weiter. Für das Jahr 2013 sollen laut Antrag für die Operation 6,7 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Maximal 700 Soldaten sollen sich am Einsatz beteiligen.

3. Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte in Afghanistan (ISAF)

Die von der Bundesregierung geplante Verlängerung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan um 13 Monate stößt im Bundestag auf breite Zustimmung. Das wurde während der ersten Lesung des Antrags der Bundesregierung am Donnerstag deutlich. Im Rahmen dieser Debatte verwies Außenminister Dr. Guido Westerwelle darauf, dass der Scheitelpunkt des deutschen militärischen Engagements überschritten sei und der Abzug "planmäßig und verantwortungsvoll" umgesetzt werde.

Bis Ende Februar 2014 solle das Bundeswehkontingent auf 3.300 Soldaten reduziert werden. Dies gelte "wie bisher" soweit die Lage vor Ort es auch erlaube. Nach dem Abzug, der mit der Übergabe der Verantwortung an die Afghanen verbunden ist, werde das deutsche Engagement ein ziviles Gesicht bekommen, sagte der Minister. Verteidigungsminister Dr. Thomas de Maiziere machte deutlich, dass es 2014 kein "Anschlussmandat" geben werde. Stattdessen werde es ein "neues Mandat mit einer neuen Qualität geben". Der Minister sagte zu, über die Entwicklungen zu dem Mandat zu informieren. Was den künftigen Einsatz von Kampfhubschraubern angeht, verwies de Maiziere auf den komplizierten Vorgang der Rückverlegung. "Die Kampfhubschrauber sollen unsere Soldaten dabei schützen", machte er deutlich.



4. Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verstärkung der integrierten Luftverteidigung der NATO (NATINADS) auf Ersuchen der Türkei

In einer weiteren namentlichen Abstimmung haben die Bundestagsabgeordneten heute der Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verstärkung der integrierten Luftverteidigung der NATO zugestimmt. Aufgrund des Beschusses durch Syrien hat die Türkei um die Unterstützung der NATO gebeten. Der Antrag beruht auf dem Ersuchen der Türkei und stützt sich auf Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen. Der Bundestag hat dem mit großer Mehrheit zugestimmt.

5. Relevantes aus Mannheim und der Region

Finanzielle Unterstützung für Kunsthalle Mannheim

Ich freue mich, dass die Kunsthalle Mannheim 61.500 Euro Fördermittel aus dem Haushalt des Kulturstatsministers zur Provenienzforschung erhält. Bei der Arbeitsstelle für Provenienzforschung/-forschung (AfP) handelt es sich um eine von Bund und Ländern gemeinsam finanzierte Einrichtung, die den Kunstraub in der Zeit des Nationalsozialismus aufarbeiten und Grundlagen für faire und gerechte Lösungen von Restitutionsfragen legen soll. Der Beirat der Arbeitsstelle beim Institut für Museumsforschung der Staatlichen Museen zu Berlin – Stiftung Preußischer Kulturbesitz hat zum neunten Mal über Anträge zur Förderung langfristiger Projekte zur Provenienzforschung beraten. Die Kunsthalle Mannheim ist eine von elf Institutionen, die zur Förderung ausgewählt wurden. Sie wird nun für den Zeitraum vom 1. November 2012 bis 31. Oktober 2013 insgesamt 61.500 Euro Bundesfördermittel zur Provenienzforschung erhalten. Für die elf ausgewählten Institutionen werden aus dem Haushalt des Kulturstatsministers insgesamt 661.000 Euro zur Verfügung gestellt. Historisch handelt es sich bei der Provenienzforschung um ein überaus wichtiges Thema. Mannheim kann auf eine lange Tradition jüdischen Kulturlebens und Mäzenatentums zurückblicken. Deutschland ist es diesen Kulturförderern und ihren Nachkommen schuldig, dieses dunkle Kapitel unserer Kulturgeschichte aufzuarbeiten. Ich bin mir sicher, dass die Kunsthalle Mannheim dem in gewohnt wissenschaftlich einwandfreier Weise nachkommen wird.

Mannheimer Bürgerinnen und Bürger in der Bundeshauptstadt

Auf meine Einladung hin besuchten 50 Bürgerinnen und Bürger aus ganz Mannheim die Bundeshauptstadt. Das viertägige Besuchsprogramm führte sie zu politischen und kulturellen Einrichtungen in Berlin. Im auswärtigen Amt und im Verteidigungsministerium erhielten sie einen Einblick in die Arbeitsweisen und Aufgabenbereiche von Außen- und Verteidigungspolitik.

Führungen durch die Gedenkstätte Deutscher Widerstand sowie die Ausstellung im Dauerausstellung "Tränenpalast" am S-Bahnhof Friedrichstrasse vermitteln den Mannheimer Gästen einen umfangreichen Eindruck der Geschichte Berlins. Höhepunkt des umfangreichen Programms war der Besuch im Deutschen Bundestag und unser persönliches Gespräch. Dabei hatten wir viel Gelegenheit, über die aktuellen politischen Geschehnisse in der Bundespolitik zu diskutieren.





Jugendmedienworkshop im Deutschen Bundestag 2013

Ich möchte Sie auf den Jugendmedienworkshop für junge Journalistinnen und Journalisten aufmerksam machen, der vom 17. bis 23 März 2013 im Deutschen Bundestag stattfinden wird. Unter dem Titel „Wohin wollen wir gehen? Irrgarten Demografie – Gesucht: Lebenswege 3.0.“ werden sich 30 Jugendliche mit dem demografischen Wandel unserer Gesellschaft, den Auswirkungen auf die verschiedenen Generationen sowie auf den eigenen Lebensweg auseinandersetzen und die Antworten der Politik auf diese Herausforderungen aus der Sicht ihrer Generation hinterfragen. Die Nachwuchsjournalisten werden dabei Gelegenheit haben, hinter die Kulissen zu blicken: Sie hospitieren in Redaktionen, lernen Hauptstadt-Journalisten kennen, diskutieren mit Abgeordneten, besuchen Plenarsitzungen im Deutschen Bundestag und erstellen eine eigene Veranstaltungszeitschrift. Interessierte Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren können sich ab 15. Dezember 2013 bis zum 15. Januar 2013 unter <http://bundestag.jugendpresse.de> bewerben. Dort finden sich auch weitere Informationen zu den Teilnahmevoraussetzungen.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf.
Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de

Internet: www.egon-juettner.de